

Im Unruhestand

Soziales Während die Regierung eine neue Frührente einführt, drängen Deutschlands Senioren zurück ins Berufsleben. Manche brauchen Geld, andere suchen Erfüllung. Würde der Trend politisch befördert, könnte er die jungen Beitragszahler entlasten.

Irgendwann kommt der Moment, an dem alle Schubladen aufgeräumt und alle Werkzeuge sortiert, an dem alle Länder bereist und alle Bücher ausgelesen sind. Bis es nichts mehr zu erledigen und nichts mehr zu erleben gab, brauchte Jochen Michalczyk sechs Rentnerjahre.

Fast vier Jahrzehnte lang hatte er zuvor für den Hamburger Handelskonzern Otto gearbeitet. Als junger Programmierer war er eingestiegen, als Leiter der Controlling-Abteilung ging er in Rente. „Die ersten Jahre waren wie Urlaub“, sagt Michalczyk. Er buchte Kreuzfahrten, er reiste in Länder, von denen er bisher nur gelesen hatte, er fuhr nach Kolumbien, nach Kenia und nach Ägypten.

Doch dann merkte Michalczyk, dass etwas fehlte. Er sehnte sich nach einer Herausforderung. Allein: Es fiel ihm keine ein. Keine jedenfalls, mit der andere Ruheständler ihre Tage füllten. „Garten war nie mein Ding“, sagt er, Münzen hatte er nie gesammelt und Vereine stets gemieden. „Ich fing an mich zu langweilen.“

Der Anruf seines ehemaligen Arbeitgebers kam da wie bestellt. Seine Erfahrung sei gefragt, ob er nicht Lust habe, an einem neuen Projekt in seiner alten EDV-Abteilung mitzumachen? Zwei Tage pro Woche, mit netten Kollegen, datiert auf zweieinhalb Jahre? Michalczyk zögerte keine Sekunde – und bereute nie. „Die Woche hat wieder eine Struktur“, sagt er.

Dienstags und mittwochs sitzt der Mann mit der markanten Brille nun wieder in einem Großraumbüro der Otto Group, prüft am Monitor, ob alle Kundenaufträge ordnungsgemäß abgewickelt wurden, und berät sich mit Kollegen, die allesamt jünger sind als er. Ende Mai wird Jochen Michalczyk 71 Jahre alt. Und er genießt es, gefragt zu sein – mittendrin und nicht außen vor.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Berufstätigen im Rentenalter verdoppelt. Das Statistische Bundesamt zählt über 800 000 Senioren, die auch jenseits der 65 erwerbstätig sind, die Bundesagentur für Arbeit macht gleich eine Million graumelierte Beschäftigte aus. Noch sind sie in einer Minderheit, aber „ihre Zahl wird weiter wachsen“, wie Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prophezeit. In keiner anderen Altersgruppe ist die Beschäftigung in den vergangenen Jahren stärker

gestiegen als bei den sogenannten Silver Workers.

Zu ihnen gehören Senioren, die ihre Leidenschaft für den Job nicht per Stichtag ablegen wollen. Es gehören Unternehmer dazu, die vom Gefühl beruflicher Unersetzbarkeit nicht lassen können, und Angestellte, die sich im Alter neu erfinden. Und es gibt die Vielzahl jener Rentner, die neben ihrer schmalen Altersversorgung schlicht auf ein Nebeneinkommen angewiesen sind. Sie alle drängt es auf den Arbeitsmarkt. Ökonomen wie Brenke sprechen von einem „Trend“.

Sogar die Bundeskanzlerin kennt einen Ruhestandsverweigerer aus nächster Anschauung, sie muss nur einen Blick über den Frühstückstisch werfen. Merkel-Gatte Joachim Sauer hat erst im April seinen Vertrag an der Berliner Humboldt-Universität verlängert. Er ist nun 65 – und will noch drei weitere Jahre forschen.

Die Deutschen entdecken den Lebensabend neu. Jahrzehntlang galt es als Ausweis sozialen Fortschritts, Menschen jenseits der sechzig von der Arbeitsfront an Hochöfen oder Fließbändern zu befreien. In der modernen Kommunikationsgesellschaft dagegen, in der häufiger mit dem Laptop als mit dem Schraubenschlüssel gearbeitet wird, erlebt eine wachsende Zahl von Senioren den Job als Glücksfaktor, wie Analysen des DIW zeigen. Die Ergebnisse erstaunten sogar die Experten: Unter

allen Erwerbstätigen zeigen sich die Ältesten am zufriedensten. Auf einer Skala von eins bis zehn bewerten die 65- bis 74-Jährigen ihr Arbeitsleben im Schnitt mit 7,9. In keiner anderen Altersgruppe ist der Glücksfaktor höher – und theoretisch könnten Sozialpolitiker darüber jubeln.

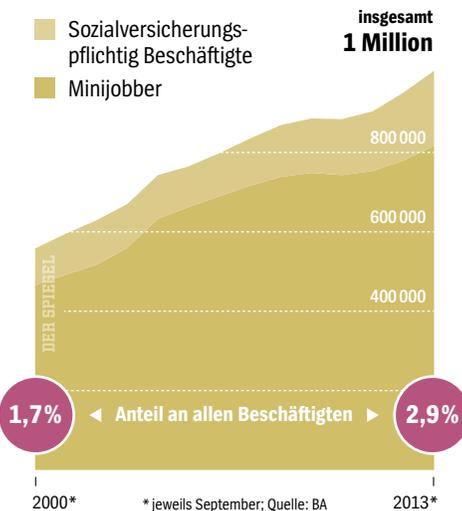
Denn je mehr Senioren im Job bleiben, umso mehr schrumpft das demografische Problem. Die arbeitenden Älteren könnten die Sozialkassen füllen, sie könnten ein Stück der Last von jüngeren Beitragszahlern nehmen, und sie könnten die Facharbeiterlücke verkleinern, die in der alternierenden Bundesrepublik droht. Sie könnten – die Betonung liegt auf dem Konjunktiv. Denn bislang setzt die Politik völlig falsche Rahmenbedingungen.

Noch immer sorgen zahlreiche Regeln im Arbeits- und Sozialrecht dafür, den Beschäftigten das Berufsleben jenseits der 65 zu verleiden. Und anstatt die Hürden abzubauen, wird die Regierung Merkel sie nun sogar noch erhöhen. Die sogenannte abschlagsfreie Rente mit 63, die der Bundestag an diesem Freitag beschließen will, gibt langjährig Beschäftigten das Signal, sich möglichst schon mit Anfang sechzig auf die heimische Couch zu verabschieden.

Von einem Schwenk „in die falsche Richtung“ spricht das Londoner Wirtschaftsblatt *Economist*, ignoriert die Bundesregierung doch das Lebensgefühl all jener Menschen, die sich mit 63, 65 oder 67 ängstlich die Frage stellen, was sie eigentlich anstellen sollen mit all der geschenkten Zeit. Von der Bedrohung „der Leere“ schreibt der Berliner Autor Wolfgang Prossinger in seinem Buch „In Rente. Der größte Einschnitt unseres Lebens“. Und der Zukunftsforscher Matthias Horx, inzwischen selbst 59 Jahre alt, klagt in seinen Vorträgen über die mangelnde Aussagekraft des numerischen Lebensalters. „60-Jährige sind oft so fit wie 50-Jährige, 70-Jährige schmieden Pläne wie 60-Jährige“, sagt er. Horx hat für die neue Jugend der Alten einen eigenen Begriff geschaffen, er spricht vom „Downaging“: Eine „Juvenilitäts-Tendenz“ erfasse inzwischen das ganze Leben.

Titus Dittmann jedenfalls nennt sich selbst einen „Spätpubertierenden“. Und mit inzwischen 65 Jahren hat er sich für die Adoleszenz viel Zeit gelassen. Besucher empfängt der Unternehmer im Kapu-

Beschäftigte ab 65 Jahren in Deutschland





**„Ich lebe davon, dass Leute mir auf die Schulter klopfen
und sagen: Unglaublich, was du da wieder gemacht hast.“**

Titus Dittmann, 65, Unternehmer



**„Ich fing an mich zu langweilen.
Seit ich wieder arbeite, hat die Woche Struktur.“**

Jochen Michalczyk, 70, Controlling-Experte

zenpulli, die grauen Haare stecken unter einer Wollmütze, zwei Skateboards lehnen griffbereit an der Flurgarderobe. Die einzige Reminiszenz an das Alter: Zum Bäcker fährt Dittmann am Wochenende jetzt mit einem längeren Sportgerät. „Ich muss heute mit dem Streetboard keine Treppen mehr runterbrettern“, sagt er.

Auf seine Visitenkarte hat er das Wort „Anstifter“ drucken lassen, und vermutlich fasst nur diese Berufsbezeichnung sein Leben treffend zusammen: Ende der Siebzigerjahre brachte Dittmann die ersten kalifornischen Skateboards und damit eine ganze Jugendkultur nach Deutschland. Was als Nebengewerbe in einer Sozialwohnung begann, wurde zu Europas größtem Skateboard-Einzelhandel und einem Bretterimperium, das heute Weltmeister kürt und Skateparks betreibt.

Die Geschäftsführung hat er inzwischen an seinen Sohn übergeben. Doch im Ruhestand ist Dittmann nicht. Ein Zustand, in dem sich das Wort „Ruhe“ findet, könnte ohnehin nicht passen zu Dittmann, der auf keinem Stuhl sitzen kann, ohne hin und her zu hibbeln und mit den Armen durch die Luft zu fuchteln.

„Ich habe ein krankhaftes Bedürfnis, ständig neue Sachen anzufangen“, sagt er. Gerade gründet er im heimischen Münster zwei neue Unternehmen. Einen Oldtimer-Verleih für 30 Karossen mit röhrenden V8-Motoren – und eine Vermarktungstochter für seine Sozialprojekte. Dittmanns Stiftung „Skate-Aid“ baut Sportparks für Kinder in Afghanistan, Südafrika oder Costa Rica. „Ich lebe davon, dass die Leute mir auf die Schulter klopfen und sagen: Unglaublich, was du da schon wieder ge-

schafft hast“, sagt Dittmann. Dass diese Leidenschaft mit zunehmendem Alter abnehmen könnte? „Unvorstellbar“, sagt er.

Seit Januar bekommt Dittmann auch Geld aus der Rentenkasse. Es sind genau 463 Euro im Monat. Die Beiträge stammen aus jener Frühzeit, in der er noch als Referendar und angestellter Sportlehrer gearbeitet hat. Der Blick aus der marmorgelichten Villa auf den großen Garten lässt erahnen, dass der Hausherr auf die gesetzliche Altersversorgung nicht angewiesen ist. Aber immerhin hält er das Geld für effizient angelegt. „Was die Rentenkasse mir überweist, kann sie nicht mehr für Blödsinn verplempern“, sagt er. Und die Rente mit 63 hält er sogar für ziemlich großen Blödsinn – von den starren deutschen Altersgrenzen ganz zu schweigen: „Es ist eine Entmündigung, die Leute zwangsweise in Rente zu schicken.“

Selbstständige und Unternehmer wie Titus Dittmann haben es leicht, über die Freuden der Altersarbeit zu schwärmen. Niemand kann sie hindern. Für ganz normale Arbeitnehmer allerdings fällt mit der offiziellen Regelaltersgrenze meist unweigerlich der Hammer. Mit derzeit 65 Jahren und drei Monaten ist Schluss.

Dabei ist diese Marke vor allem ein finanzmathematischer Richtwert für die gesetzlichen Sozialkassen. Wer sich eher zur Ruhe setzt, muss in der Regel mit Abschlägen leben: Jedes Jahr an Frührente schmälert die monatliche Überweisung aus der Rentenkasse derzeit um 3,6 Prozent. Zum Problem wird die Altersgrenze erst dadurch, dass sie auch in vielen Betriebsvereinbarungen sowie Tarif- oder Arbeitsverträgen festgeschrieben ist. Dass dadurch das Beschäftigungsverhältnis in aller Regel automatisch endet, erfreut vor allem die Arbeitgeber: Sie können auf diese Weise geräuschlos die Älteren entsorgen.

Allerdings sind viele Menschen nicht mehr gewillt, sich aussortieren zu lassen. Die Zahl der Klagen wächst, berichtet das Bundesarbeitsgericht. Unter den renitenten Rentnern gibt es etwa „Porno-Köhler“, wie ihn die Boulevard-Medien nannten, einen ehemaligen Oberstaatsanwalt aus Frankfurt am Main, der sich als Fahnder gegen Kinderpornografie einen Namen gemacht hatte und gegen die eigene Pensionierung vor Gericht zog. Es gibt die ehemaligen Volkswagen-Beschäftigten Erol Caliskan und Süleyman Ögün, die alle Abfindungsangebote ausschlugen und den Automobilkonzern bis vor das Bundesarbeitsgericht zwangen, weil sie kein Geld wollten, sondern eine Aufgabe.

Und es gibt Gisela Rosenblatt, eine Putzfrau, der auch der Europäische Gerichtshof in Luxemburg kein Recht auf Arbeit zusprach. „Ich wollte wirklich nicht in Rente gehen, man hat mich einfach dazu gezwungen“, sagt sie. Wenn es jetzt für

sie etwas zu putzen gibt, dann nur noch die eigene Wohnung.

Fast vier Jahrzehnte lang hatte sie für ein Reinigungsunternehmen in Hamburg die Böden einer Kaserne gewischt und die Wasserhähne in den Toiletten poliert. Zwei Wochen vor ihrem 65. Geburtstag überreichte ihr die Vorarbeiterin ein Schreiben, in dem stand, Rosenblatt müsse nun in Rente. Erst erschrak die Putzfrau. Dann schaltete sie einen Anwalt ein.

Es ging ihr nicht um die Ehre oder eine Aufgabe. Es war auch nicht so, als hätte Gisela Rosenblatt sonst nichts zu tun gehabt. Schließlich ist einer ihrer beiden Söhne behindert und muss auch als Erwachsener betreut werden. Aber genau deshalb brauchte sie jeden Cent. Aus der Rentenkasse standen ihr nach einem Erwerbsleben in Teilzeit nur 228,26 Euro zu.

Doch die Luxemburger Richter gaben den Tarifverträgen Vorrang, und damit bekam ihr Arbeitgeber recht. Zu ihrem eigenen Entsetzen stärkte Rosenblatt so ungewollt den Bestand der strengen Altersgrenze, die sie eigentlich hatte kippen wollen. Der „Rosenblatt-Fall“ ging in die Fachliteratur ein: Es gilt nun als zumutbar, Senioren in den Ruhestand zu schicken, selbst wenn sie von ihrer Altersversorgung allein nicht leben können. Dabei zwingt die Rente viele Senioren in ein bescheidenes Dasein: Im Durchschnitt überweist die gesetzliche Kasse Frauen 554 Euro im Monat, Männern immerhin 1017 Euro.

Heute ist Gisela Rosenblatt 70 Jahre alt. Dass sie selbst nicht auf das Sozialamt angewiesen ist, hat mit Ehemann Peter zu tun. Er ist 71 Jahre alt – und anders als seine Frau arbeitet er noch immer.

Als Minijobber bringt der Rentner für ein Autohaus Fahrzeuge zum Kunden und zurück. Das beschert den Rosenblads oft ein paar Hundert Euro im Monat mehr – und für den gelernten Kraftfahrzeugmechaniker ist es ein später Traumjob. Zu Hause, in der Tiefgarage unter dem Plattenbau, parkt ein Opel Meriva. „Ein Rentnerauto“, wie Peter Rosenblatt urteilt, eines, in das man einsteigen kann, ohne sich den Rücken zu verrenken. Beruflich fährt Rosenblatt jetzt „richtige Autos“: Mercedes-Coups, die tief auf der StraÙe liegen.

Dabei bessern die Silver Workers nicht nur ihre eigene Haushaltskasse auf. Am Ende bereichern sie auch den Staat und die Sozialversicherung. So hat der Ökonom Reinhold Schnabel von der Universität Duisburg-Essen ausgerechnet, dass sich die Steuereinnahmen des Fiskus um mindestens 330 Millionen Euro erhöhen würden, sollten nur 100 000 Durchschnittsverdiener ein Jahr lang über die gesetzliche Altersgrenze hinaus weiterarbeiten. In die Sozialkassen fließen sogar gleich 1,12 Milliarden Euro zusätzlich. Gelänge es, eine Million Senioren zusätzlich zu beschäfti-



„Viel Erfahrung und Fachwissen werden auf den Müll geworfen, wenn Ältere in Rente geschickt werden.“

Klaus Kiesler, 70, Berater und Bauingenieur

gen, stiegen die Einnahmen des Staates und seiner Sozialsysteme demnach um rund 14 Milliarden Euro.

„Die Rente hinauszuschieben ist fiskalisch eine Win-win-Situation“, sagt Schnabel. Dabei entsteht noch ein angenehmer Nebeneffekt: Steigen die Einnahmen der Alterskasse, können die Beiträge der Beschäftigten sinken; niedrigere Beiträge wiederum führen nach der komplizierten Mechanik der Rentenformel zu steigenden Altersgeldern. Kurz: Für die Ruheständler bringt der Seniorenjob ein doppeltes Plus.

Schließlich bedeutet der Zuverdienst im Alter für viele Beschäftigte nicht Last, sondern Lust. Vergangenes Jahr hatte das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) rund 5000 Menschen zwischen 55 und 70 Jahren nach ihrem Blick auf den eigenen Job befragt. 95 Prozent der Se-

niorbeschäftigten gaben an, sie hätten schlicht „Spaß an der Arbeit“. Für 90 Prozent ging es um „soziale Kontakte“, 77 Prozent schätzten das „Gefühl, gebraucht zu werden“. Der Abschnitt nach dem 65. Geburtstag ermögliche es vielen Menschen heute, das eigene Leben aktiv zu gestalten – eine „späte Freiheit, von der frühere Generationen nur träumen konnten“, schreibt BiB-Direktor Norbert Schneider.

Zudem währt das Rentnerleben heute länger denn je. Wer 1960 in den Ruhestand wechselte, der kam im Durchschnitt nur etwa 10 Jahre lang in den Genuss der gesetzlichen Altersversorgung. Heute sind es nach offiziellen Statistiken fast 20 Jahre. Was Sozialexperten schwurbelig die „Rentenbezugsdauer“ nennen, bedeutet schlicht: ein Geschenk an Lebenszeit. Und dabei bleiben die Menschen länger gesund. In



Besucher der Netzpolitik-Konferenz re:publica in Berlin

Die Wutlosen

Warum die junge Generation die Rentenreform der Großen Koalition widerstandslos hinnimmt

Anfang Mai auf einem ehemaligen Industrieareal in Berlin-Kreuzberg: Junge Frauen in Leggings und Schlauchröcken laufen über das Gelände, Jungs mit Dreitagebart starren auf ihre iPads. Die meisten von ihnen müssten nicht hier sein, auf der Netzpolitik-Konferenz re:publica, sie könnten an diesem Frühlingstag genauso gut im Park sitzen statt in einem der dunklen Säle. Aber sie sind gekommen, 6000 überwiegend junge Besucher, weil ihnen daran liegt, für ein freies Internet zu streiten – selbst wenn das nur bedeutet, hin und wieder einen Tweet abzusetzen.

Wenn am Freitag dieser Woche die Koalition die Erhöhung der Mütterrente und die Rente mit 63 verabschiedet, werden wohl keine jungen Menschen vor dem Berliner Reichstag protestieren. Die Maßnahmen kosten in den nächsten Jahren rund 160 Milliarden Euro, profitieren wird fast ausschließlich die Generation 50 plus. Trotzdem regt sich unter den Jungen so gut wie kein Widerstand.

„Viele gönnen ihrer Oma die Mütterrente, begreifen aber nicht, was das für sie selbst bedeutet“, sagt Wolfgang Gründinger, 29. Der Doktorand ist Sprecher einer Stiftung für Generationengerechtigkeit und SPD-Mitglied.

Ende 2012 hat Gründinger mit einer Gruppe Aktivisten aus unterschiedlichen politischen Strömungen ein Manifest verfasst. „Wir nehmen die herrschende Kurzsichtigkeit nicht länger hin“, schrie-

ben die Autoren, die sich „die jungen Elf“ nannten, „der Generationenvertrag ist gebrochen.“ Das las sich kämpferisch – und auch ein bisschen wütend.

Heute klingt Gründinger ernüchtert. Zwar nennt er das Rentenpaket „eine Gefälligkeit für die Babyboomer“. Aber er sagt auch: „Wir haben alle einen Job und Hobbys. Man kann lang und breit über die Revolution diskutieren, aber dann ist auch wieder Montag.“

Gemeinsam mit dem Verband der Jungen Unternehmer hat Gründinger im April eine Onlinepetition gegen das Rentenpaket gestartet. Gerade mal 3400 Menschen haben unterschrieben.

Dabei ist der jungen Generation Politik keineswegs egal. Vor gut einem Jahr opponierten Zehntausende auf Twitter gegen Sexismus. 2012 gingen mehr als 100 000 vor allem junge Demonstranten gegen das Handelsabkommen Acta auf die Straße. Viele sind bereit, für Gleichberechtigung oder digitale Freiheit ihre Stimme zu erheben – nur eben nicht für die eigene Versorgung im Alter. „Das Thema Rente ist selbst für Engagierte kaum greifbar“, sagt Teresa Bucker, 30, eine der Autorinnen des Manifests. Für 20-Jährige ist die Rente ungefähr so naheliegend wie ein Flug zum Mars.

Tatsächlich haben Menschen zwischen 20 und 30 drängendere Probleme: Wie bezahle ich meine Bafög-Schulden ab? Wann bekomme ich einen unbefristeten Arbeitsvertrag?

Die meisten Jungen begegneten ihrer eigenen Altersversorgung mit Fatalismus, sagt Gründinger. „Sie glauben, dass sie später sowieso fast nichts bekommen werden, egal was die Politik heute entscheidet.“

Die Jungpolitiker der Koalitionsparteien sind ohnehin uneins in ihrer Kritik an der Rentenpolitik.

Die Juso-Vorsitzende Johanna Uekermann, 26, findet es falsch, dass die Mütterrente nicht aus Steuermitteln finanziert wird. Die Rente mit 63 hält sie hingegen für richtig. „Statt den Kampf zwischen Jung und Alt herbeizureden, muss es um gute Arbeit für gute Renten gehen“, sagt sie.

Ganz so zahm geben sich die jungen Christdemokraten nicht. Sie murren schon seit Monaten über die Rentenpläne. Wie die meisten seiner Altersgenossen in der Fraktion ist Steffen Bilger, 35, Sprecher der jungen Unionsabgeordneten, zwar sauer. Eine Konfrontation will er aber möglichst vermeiden. Schließlich seien die Pläne im Koalitionsvertrag vereinbart, dem auch er zugestimmt hat. Immerhin droht er, dem Gesetz seine Stimme zu verweigern, falls der Kreis der Anspruchsberechtigten nicht noch eingeschränkt wird.

Wolfgang Gründinger, der Generationenaktivist, will am Freitag einen Flashmob organisieren, vielleicht. Mal sehen, ob jemand kommt.

Josh Groeneveld, Ann-Kathrin Nezik

den Ruhestand wechseln heute auch durchtrainierte Langstreckenläufer und leidenschaftliche Zumba-Tänzerinnen.

So dürften die Seniorerwerbstätigen dabei helfen, die Beschäftigungsprobleme der Zukunft zu lösen: Denn die Zahl aller Personen, die dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung stehen, könnte bis 2025 um bis zu 3,5 Millionen sinken, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) errechnet hat. Schon 2011 hatte die damalige Bundesregierung ein Konzept zur Fachkräftesicherung vorgestellt. „Die Schlüsselfrage lautet: Wer kann die Arbeit von morgen leisten?“, hieß es darin. Und eine der Antworten lautete, dass allein die Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze auf 67 Jahre bis 2025 rund eine Million zusätzliche Arbeitskräfte beschere.

Nun aber wird das Rentenpaket dieses Plus wieder schmälern. Sozialministerin Andrea Nahles hat bereits zugegeben, dass ihre Pläne jährlich rund 50 000 Menschen zusätzlich in die staatlich gesponserte Frührente locken könnten. Experten der Deutschen Rentenversicherung gaben in einer Bundestagsanhörung gar zu Protokoll, am Ende könnten es auch 100 000 sein. Die Bundesregierung solle die Pläne überdenken, warnt auch der jüngste Deutschland-Bericht der OECD. Inzwischen stapeln sich in den Büros der Abgeordneten Briefe von Unternehmern, die sich über die Rente mit 63 empören. Es ist eine späte Sorge – und eine noch spätere Reue. Über Jahre hatten die Konzerne ihre älteren Beschäftigten am liebsten möglichst früh entsorgt.

Jetzt rächt sich diese Praxis, und große Betriebe müssen ihre altgedienten Fachkräfte aus dem Ruhestand zurücklocken. Der Technikkonzern Bosch etwa zählt inzwischen 1600 potenzielle Seniorbeschäftigte in seiner Datenbank, auch Autobauer wie BMW oder Daimler reaktivieren ihre Rentner – genauso, wie es dem Handelskonzern Otto mit dem 70-jährigen Michalczuk gelang. Rund 50 Ehemalige gehören inzwischen zur eigens gegründeten Otto-Pensionärstochter „Senior Expert Consultancy GmbH“. Es handele sich um eine „Zielgruppe, die über ein extrem hohes Maß an Experten-Know-how verfügt“, sagt Personalchefin Sandra Widmaier.

Allerdings müssen sich die Unternehmen einiger Tricks bedienen, um das reife Wissen zu nutzen. Schuld ist das rigide Kündigungsschutzrecht: Weiterbeschäftigen dürfen die Arbeitgeber ihre einst langjährigen Angestellten meist nur unbefristet – es sei denn, es handelt sich um ein zeitlich begrenztes Projekt. Daher heuern Otto, Daimler oder Bosch ihre älteren Kräfte nur in speziellen Sondergesellschaften an – aus Sorge, man könnte sich von Rechts wegen später nicht mehr trennen.

Auch die Beschäftigten klagen über die starren Regeln. Viele Ältere wünschen sich

keinen abrupten Stopp des Erwerbslebens. Warum nicht neben einer Teilzeiternte auch noch im Teilzeitbüro arbeiten? „Die meisten Senioren wollen nicht Vollzeit verfügbar sein, sondern nur noch 15 bis 20 Stunden in der Woche arbeiten“, sagt Demografieforscherin Victoria Büsch, Direktorin beim Silver Workers Research Institute an der SRH Hochschule Berlin. Allerdings lohnt sich das derzeit kaum. Wer frühzeitig in den Ruhestand geht, muss nicht nur mit Abschlägen leben – anrechnungsfrei darf er maximal 450 Euro hinzuverdienen. Daher verdingen sich viele Vorruheständler nur als Minijobber.

Der Sozialstaat Deutschland vergibt auf diese Weise eine große Chance. Würde er den Bedürfnissen von Betrieben und Beschäftigten entgegenkommen, könnte er für einen gleitenden Übergang vom Erwerbs- ins Rentnerleben sorgen, für eine neue Arbeitsphase, die nicht so rigide ist wie der traditionelle Vollzeitjob und in der die Menschen stärker selbst bestimmen können, wann und wie sie arbeiten wollen.

Wie das gehen könnte, zeigt der Blick in jene skandinavischen Länder, die schon häufiger zum Vorbild für die Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates geworden sind: Die Norweger etwa können selbst entscheiden, ob sie mit 62 oder 75 Jahren in den Ruhestand gehen. Zwischen diesen Marken ist das Rentenalter flexibel. Auch die Schweden haben einen Korridor zwischen 61 und 67 Jahren festgelegt. Wer sich an der unteren Jahreszahl orientiert, muss mit einer kleineren Rente rechnen, wer länger bleibt, erhöht sein Altersgeld entsprechend. Und für Letzteres entscheiden sich viele Senioren ganz freiwillig: Nach einer OECD-Statistik gehen schwedische

Gründe für Erwerbstätigkeit im Ruhestand



Männer erst mit 66,1 Jahren in Rente, ihre Frauen mit 64,2. In Europa gehören sie damit zu den Trendsettern.

Die ungewöhnliche Allianz all jener, die sich bewegliche Altersgrenzen wünschen, reicht über die gesamte Gesellschaft – von Ökonomen wie Brenke über Gewerkschaftsvordenker bis hin zum Urgestein deutscher Sozialpolitik: Norbert Blüm, Christdemokrat und Bundesarbeitsminister a.D. „Die Menschen sind erwachsen genug, um selbst zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen“, sagt Blüm (siehe Interview Seite 24).

Auch die Bundesregierung gibt vor, das Problem erkannt zu haben. Hinter vorgehaltener Hand räumen Unionspolitiker und selbst einige Sozialdemokraten ein, mit der neuen abschlagsfreien Frührente neue Probleme zu schaffen. Die Große Koalition plagt das schlechte Gewissen, und so plant sie längst eine kuriose Rolle rückwärts. In der zweiten Jahreshälfte soll eine Arbeitsgruppe der beiden Fraktionen Möglichkeiten für einen flexibleren Eintritt in die Rente suchen, so lautete der Arbeitsauftrag am vergangenen Freitagabend.

Mehrere Vorschläge sollen dabei geprüft werden: Kurzfristig könnte die sogenannte Flexi-Rente Beschäftigte, die jetzt in den Ruhestand gelockt werden, wieder ins Erwerbsleben zurückbringen. Darauf dringt vor allem der Wirtschaftsflügel der Union: Künftig sollen Ruheständler auch mit befristeten Verträgen weiterbeschäftigt werden dürfen; selbst der Rentenbeitrag könnte gestrichen werden, den die Arbeitgeber zahlen, wenn sie einen Ruheständler anheuern – schließlich steigere dieser Beitrag die Altersversorgung nicht mehr, argumentiert die Union. Allerdings fürchten Sozialexperten etwa vom IAB, dass jüngere Beschäftigte durch diese Subvention der Älteren benachteiligt werden könnten.

Außerdem will die Koalition darüber beraten, die Zuverdienstgrenzen für Vorruheständler anzuheben. Frührentner könnten so mehr nebenbei arbeiten. Sowohl im Kanzleramt als auch im Sozialministerium gibt es dafür Sympathien. Zahlen über den drohenden Arbeitskräftemangel hatten die Beamten aufgeschreckt.

Doch nach dem koalitionsinternen Gezerre der vergangenen Wochen ist es mehr als fraglich, ob sich die beiden Volksparteien tatsächlich in der Praxis auf eine neue, große Rentenreform verständigen könnten. SPD-Chef Sigmar Gabriel zum Beispiel hat vergangene Woche deutlich gemacht, dass ihm ein anderes SPD-Projekt ohnehin viel wichtiger ist: die Aufstockung der Renten für Geringverdiener.

Was hinzu kommt: Soll die Seniorenbeschäftigung wirksam gefördert werden, sind auch die Arbeitgeber gefordert. Denn damit die Menschen länger im Job bleiben können, braucht es vor allem eines: den

„Bis zum letzten Tag“

Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) fordert das Ende des gesetzlichen Rentenalters. Jeder soll in Zukunft selbst entscheiden, wann er aussteigt.

SPIEGEL: Herr Blüm, Sie sind 78 Jahre alt. Arbeiten Sie noch?

Blüm: Ich arbeite gern. Aber das ist nicht mein Verdienst, ich habe einfach Glück, dass ich noch gesund bin. Viele meiner Schulkameraden haben ihr Leben lang geschuftet und sind erschöpft. Die schaffen das nicht mehr.

SPIEGEL: Was lehrt uns das?

Blüm: Es gibt keine andere Lebensphase, die so differenziert ist wie das Alter. Die einen sind topfit, die anderen sind hilfsbedürftig. Deshalb eignet sich der dritte Lebensabschnitt nicht für Einheitslösungen.

SPIEGEL: Trotzdem gibt es bei uns ein gesetzliches Renteneintrittsalter. Mit 65 ist derzeit Schluss.

Blüm: Das ist falsch. Wir müssen es stärker dem Einzelnen überlassen, wann er aussteigt. So neu ist das auch gar nicht. Über Jahrhunderte gab es keine Altersvorgabe. Erst das Industriezeitalter hat diese starren Grenzen gezogen: im Gleichschritt marsch in den Betrieb, im Gleichschritt raus.

SPIEGEL: Aber die gesetzliche Rente ist seit Bismarck genau nach diesem Prinzip organisiert. Was müsste sich ändern?

Blüm: Wir brauchen keine starre Altersgrenze, die den Menschen vorschreibt, wann das Erwerbsleben endet. Wir müssen nur ein Alter festlegen, ab dem jeder das Recht auf seine volle Rente hat. Geht er früher in den Ruhestand, muss er Abschläge in Kauf nehmen. Wer länger arbeitet, kann seine Rente erhöhen. Die Menschen sind erwachsen genug, um selbst zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen. Heute dagegen funktioniert der Renteneintritt wie ein Befehl: Mit 65 raustreten!

SPIEGEL: Sie waren mehr als 16 Jahre Arbeitsminister. Warum haben Sie nicht für eine entsprechendes Gesetz gesorgt?

Blüm: Ich habe es versucht, aber ich bin an den Arbeitgebern und der FDP gescheitert. Die reden zwar gern über Flexibilisierung und Freiheit, aber wenn es um die Altersgrenze geht, verstecken sie sich hinter dem Sozialgesetzbuch. Andernfalls müsste nämlich jeder Arbeitgeber mit jedem Beschäftigten eine Vereinbarung über den Gang in den Ruhestand treffen und sich rechtzeitig Gedanken über langfristige Personal-



planung und Weiterbildung machen. Das ist vielen zu lästig. Es geht um eine Umkehrung der Beweislast. Bis jetzt muss die Weiterarbeit vereinbart werden. Andernfalls ist mit 65 Jahren Schluss, und zwar ohne Kündigungsschutz. Umgekehrt ginge es weiter, und zwar mit Kündigungsschutz.

SPIEGEL: Ihr Vorschlag benachteiligt aber diejenigen, die körperlich hart arbeiten. Die können nicht bis ins hohe Alter schufteten, also würde ihre Rente entsprechend niedriger ausfallen.

Blüm: Es geht nicht um Kollektivlösungen. Wenn du 40 Jahre lang Fliesen verlegt hast, kannst du nicht bis 70 arbeiten.

SPIEGEL: Wie wollen Sie dann verhindern, dass der Fliesenleger im Alter verarmt?

Blüm: Beispielsweise dadurch, dass er mit 60 Jahren in seinem Betrieb keine Platten mehr verlegt. Es gibt zu wenig altersspezifische Arbeitsplätze. Heute lassen wir die Leute bis zum letzten Tag voll arbeiten, auch wenn wir wissen, dass man es in ihrem Beruf so nicht bis zur Rente schaffen kann. Warum geben wir ihnen nicht vorher eine andere Arbeit? Warum gibt es so wenig Altersteilzeit? Mit Teilzeitarbeit und Teilrente könnten viele länger ihren Beruf ausüben. Derzeit geht das doch zu wie bei einer Versteigerung: 63, 65 Jahre, 67 Jahre, 70 Jahre – bietet einer mehr?

SPIEGEL: Der demografische Wandel lässt keine andere Wahl, als dass alle länger arbeiten müssen.

Blüm: Mit solchen Pauschalaussagen machen Sie den Leuten nur Angst, und es trifft nicht die Wirklichkeit. Es geht darum, differenzierter zu arbeiten und sachter in einen gleitenden Ruhestand zu gehen. Am Ende wird das dazu führen, dass viele Menschen länger arbeiten können – weil sie dann die passende Möglichkeit haben und deshalb auch wollen. Daher sind vor allem die Unternehmen in der Pflicht. Die Tarifpartner müssen die entsprechenden Regelungen schaffen.

SPIEGEL: Welche Rolle spielt die Politik?

Blüm: Sie setzt den Rahmen. Vor allem muss sie dafür sorgen, dass die Menschen sich ein flexibles Rentensystem überhaupt erlauben können. Wenn das Rentenniveau so absinkt wie geplant, ist die ganze Diskussion heiße Luft. Keiner kann sich bei niedriger Rente freiwillige Abschläge leisten. Das ist dann eine unfreiwillige Rentenkürzung.

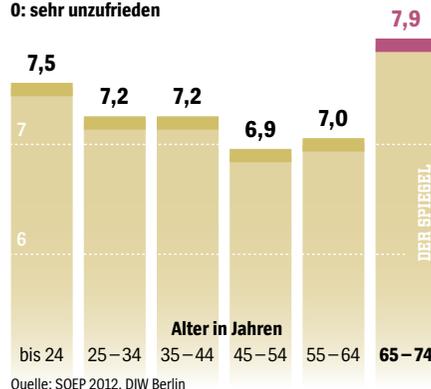
SPIEGEL: Die Große Koalition geht einen anderen Weg und will die abschlagfreie Rente mit 63, für Menschen die lange gearbeitet haben.

Blüm: Die Rente mit 63 ist bereits ein Auslaufmodell, wenn sie im Bundestag verabschiedet wird. Denn in den kommenden 15 Jahren wird die Altersgrenze Schritt für Schritt wieder auf 65 Jahre angehoben und hat dann kein Problem gelöst. Das ist eine große Augenwischerei.

Interview: Markus Dettmer

Arbeitszufriedenheit bei Erwerbstätigen

10: sehr zufrieden
0: sehr unzufrieden



Willen und die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln. Es ist ein Anspruch, der sich nicht per Gesetz verordnen lässt – und der auch die Betriebe in die Pflicht nimmt. „Viele Unternehmen machen den unverzeihlichen Fehler, dass sie nicht mehr in die Weiterbildung ihrer Beschäftigten investieren, wenn die erst einmal 45 Jahre alt sind“, sagt Altersforscherin Büsch.

Bislang nämlich ist die Seniorenerwerbstätigkeit vor allem ein Privileg gut ausgebildeter Eliten. Das IAB hat dazu alarmierende Zahlen vorgelegt: Im Alter von 60 bis 64 Jahren sind noch zwei Drittel der Hochschulabsolventen am Arbeitsmarkt aktiv. Unter Handwerksmeistern ist es immerhin noch die Hälfte. Doch von Menschen ohne Berufsabschluss bleibt nur jeder Vierte so lange im Job. „Damit droht eine neue Spaltung der Gesellschaft“, sagt IAB-Vizedirektor Ulrich Walwei.

Auf der einen Seite stünden die Kopf-arbeiter, die von den Segnungen eines längeren Erwerbslebens profitieren könnten. Den Nachteil hingegen hätten jene Stahl-arbeiter, Betonbauer oder Fliesenleger, die irgendwann aus dem Beruf aussteigen müssen, weil Knie oder Rücken streiken. Ihnen hilft auch die abschlagsfreie Rente mit 63 nicht, weil viele von ihnen die nötigen 45 Beitragsjahre gar nicht erreichen.

Wer Schwerarbeiter davor bewahren will, im Alter unter die Armutsschwelle zu fallen, hat vor allem zwei Möglichkeiten: Zum einen müsste er die sogenannte Erwerbsminderungsrente angemessen aufbessern, die an gesundheitlich Angeschlagene gezahlt wird. Zum anderen sollte er auf Vorsorge setzen; denn einiges dürfte bereits völlig falsch gelaufen sein, wenn der vielbeschworene Dachdecker auch in Zukunft noch mit 65 auf die Häuser klettern müsste. „Es wäre doch viel klüger, er könnte schon mit 45 oder 50 Jahren im Marketing oder in der Buchhaltung arbeiten. Wir brauchen Weiterbildung – und wir brauchen Prävention“, sagt Ökonom Axel Börsch-Supan vom Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik.

Vorsorgende Bildungspolitik, meinen Rentenexperten, sei daher langfristig die beste Sozialpolitik – auch für die Älteren.

Klaus Kiesler, 70, hat nie aufgehört zu lernen. Nach der Schule ließ er sich zum Möbeltischler ausbilden, dann holte er das Fachabitur nach. Er machte ein Praktikum auf dem Bau, dann entschloss er sich zum Studium. Er war längst diplomierter Bauingenieur, da ging er noch mal zur Fachhochschule. Mit 53 Jahren hielt er seinen letzten Abschluss als Verwaltungsfachmann in Händen.

Kiesler war lange Chef, das merkt man ihm immer noch an: Nach der Wende plante er für das Land Berlin den Wiederaufbau der Hauptstadt im Osten. Auch als er in Rente ging, hörte er nicht auf zu arbei-



„Ich wollte wirklich nicht in Rente gehen. Man hat mich einfach dazu gezwungen.“

Gisela Rosenblatt, 70, ehemalige Putzfrau

ten. Nicht mehr so oft, nicht zu geregelten Zeiten, aber trotzdem fast täglich. „Ich habe Angst, dass sonst die Birne verkalkt“, sagt Kiesler. Selbst für die Ehe ist die späte Aktivität durchaus förderlich. Seine Frau, sagt er, wolle auch nicht, dass er den ganzen Tag zu Hause herumsitze.

Im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin telefoniert er an diesem Tag den Möbelpackern hinterher. „Allein schleppe ich den Kreppl nicht, ich bin ja keine dreißig mehr“, sagt er. Kiesler organisiert den Umzug für den „Senior Experten Service“, der reifere Lehrer, Ärzte oder Ingenieure als Berater an Berufseinsteiger vermittelt. Sie sind privilegiert, denn sie sind immer noch gefragt. Wer wolle und könne, solle einfach bis siebzig weitermachen dürfen, findet Kiesler. Viel Erfahrung und Fachwissen würden „auf den Müll gewor-

fen, wenn Ältere in Rente geschickt werden“.

Seine Dienste bietet Kiesler auch im Internet an, dazu hat er sich bei der Website rentantener.de angemeldet. Dort firmiert er zwischen Dachdeckern und Heizungsinstallateuren, zwischen Maurern und Beratern, die wie er vom Ruhestand nichts wissen wollen. Sein Mail-Fach füllte sich rasch mit Aufträgen. Derzeit hilft Kiesler einer Künstlerin dabei, antike Holzmöbel zu restaurieren.

Dass man Altes einfach aussortiert, davon hat er noch nie etwas gehalten.

Paul Middelhoff, Cornelia Schmergal, Bruno Schrep



Video: Titus Dittmann über Arbeit im Alter

spiegel.de/app212014titus
oder in der App DER SPIEGEL